

Nr. 20/13

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Wahl eines Schriftführers

Nr. 20/14

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohm, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Lange genug ausgebremst – Planfeststellungsbeschluss zum Bauabschnitt 2.2 der A 281 sofort umsetzen!“.

Nr. 20/15

Fragestunde

1. Sport im Land Bremen in Gefahr durch geplantes Mikroplastik-Verbot der EU?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Juli 2019
2. Arzneimittelengpässe in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 22. Juli 2019
3. Taktverringeringung bei der Nordwestbahn
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 22. Juli 2019
4. Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Juli 2019
5. Masernschutzimpfungen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 24. Juli 2019
6. Ist der Start der generalistischen Pflegeausbildung in Gefahr?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. Juli 2019
7. Kommt die Schulgeldfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler der Therapieberufe?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. Juli 2019

8. Elbvertiefung setzt bremische Häfen unter Druck

Anfrage der Abgeordneten Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 31. Juli 2019

9. Personalsituation bei der Nordwestbahn (NWB)

Anfrage der Abgeordneten Falk Wagner, Dr. Andreas Bovenschulte und Fraktion der SPD vom 14. August 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Lebensmittel spenden statt wegwerfen

Anfrage der Abgeordneten Falk Wagner, Ute Reimers-Bruns, Dr. Andreas Bovenschulte und Fraktion der SPD vom 14. August 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/16

Bericht über die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2019
(Drucksache [19/2175](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/17

Einsetzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 26. August 2019
(Drucksache [20/38](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß Artikel 105 Absatz 7 Bremische Landesverfassung einen Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen ein.

Aufgabe des Ausschusses ist die parlamentarische Kontrolle und Begleitung aller hafen- und luftverkehrspolitischen Angelegenheiten.

Der Ausschuss übernimmt zugleich die Rolle als Sondervermögensausschuss für das sonstige Sondervermögen Fischereihafen und ein noch zu errichtendes (Teil-) Sondervermögen CSK (Land) unter der Voraussetzung, dass die dafür erforderlichen Änderungen in den jeweiligen einzelgesetzlichen Regelungen erfolgt sind. Er übernimmt zugleich die Zuständigkeit für Maßnahmen und Projekte der Standort- und Infrastrukturentwicklung der Stadt Bremerhaven einschließlich entsprechender gebietsbezogener Planungen (mit Ausnahme der kommunalpolitischen Angelegenheiten), für die gemäß der Geschäftsverteilung des Senats die Senatorin für Wissenschaft und Häfen zuständig ist.

Der Ausschuss besteht aus elf Mitgliedern und elf stellvertretenden Mitgliedern.

Nr. 20/18

Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land

Antrag der Fraktion der CDU und der FDP
vom 19. August 2019
(Neufassung der Drucksache [20/11](#) vom 18. Juli 2019)
(Drucksache [20/33](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Nr. 20/19

„Erhöhte Wachsamkeit“

Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2013 bis 2018
Mitteilung des Senats vom 23. April 2019
(Drucksache [19/2144](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/20

Bundesregierung und Bundeskriminalamt im Kampf gegen Rechtsterrorismus aktiv unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. August 2019
(Drucksache [20/39](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/21

Festlegung der Höhe der Fraktionsmittel

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 18. Juli 2019
(Drucksache [20/12](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Höhe und Verteilung der Fraktionsmittel wie folgt für die 20. Wahlperiode zu:

| Fraktion | CDU (24) | SPD (23) | B 90 (16) | Linke (10) | FDP (5) | AfD (5) |
|-------------------------------------|---------------------|---------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Grundbetrag 25.000 € monatl. | 25.000,00 € | 25.000,00 € | 25.000,00 € | 25.000,00 € | 25.000,00 € | 25.000,00 € |
| Kopfbetrag 4.000 € monatl. | 96.000,00 € | 92.000,00 € | 64.000,00 € | 40.000,00 € | 20.000,00 € | 20.000,00 € |
| Oppositionszuschlag 1.000 € monatl. | 24.000,00 € | | | | 5.000,00 € | 5.000,00 € |
| | 145.000,00 € | 117.000,00 € | 89.000,00 € | 65.000,00 € | 50.000,00 € | 50.000,00 € |

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 20/22

Angriffe auf die Polizei sind Angriffe auf unsere Demokratie und Freiheit!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 31. Juli 2019
(Drucksache [20/14](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 20/23

Helfern den Rücken stärken

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 27. August 2019
(Drucksache [20/40](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 20/24

Respekt fördern, Gewalt gegen Polizei- und andere Einsatzkräfte entschieden entgegen treten

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 27. August 2019
(Drucksache [20/41](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt jegliche Form von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten sowie gegen Polizeireviere und -fahrzeuge, Rettungskräfte und Feuerwehrleute. Derartige Angriffe richten sich auch gegen unsere Gesellschaft und unseren Rechtsstaat. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen, die im Auftrag der Allgemeinheit für Sicherheit sorgen oder anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel massiver Angriffe werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) wird auch weiterhin alle Maßnahmen ergreifen und unterstützen, die geeignet und erforderlich sind, um den Schutz von Polizei- und anderen Einsatzkräften zu erhöhen und Angriffe zu verhindern.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) hält eine Fortführung der gesellschaftlichen Debatte über mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften für erforderlich und wird sich darin auch weiterhin intensiv einbringen.

Nr. 20/25

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 7. August 2019
(Drucksache [20/16](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 22. August 2019
(Drucksache [20/35](#))

u n d

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 26. August 2019
(Drucksache [20/37](#))**

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag (Drucksache [20/37](#)) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drucksache [20/35](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [20/35](#) in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/26

Einsetzung des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 9. August 2019
(Drucksache [20/23](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Gleichstellung von Frauen und Männern als wichtige gesellschaftliche Querschnittsaufgabe an. Deshalb setzt die Bürgerschaft (Landtag) einen ständigen Ausschuss für die Gleichstellung der Frau ein.

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Beratung und Vorschlag von Maßnahmen zur Beseitigung nach wie vor bestehender struktureller Benachteiligung von Frauen und Mädchen, insbesondere Alleinerziehender, die geeignet sind, deren gleichberechtigte gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe in allen Bereichen, insbesondere im Bereich der Ausbildung und im Berufsleben, zu gewährleisten und zu verbessern;
2. Beratung und Vorschlag von Maßnahmen, die der Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen dienen;
3. Parlamentarische Kontrolle, Begleitung und Förderung der Geschlechtergerechtigkeit (Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting) im Handeln der Regierung, Verwaltungen und Gesellschaften und
4. Begleitung aller gleichstellungspolitischen Angelegenheiten.

Der Ausschuss besteht aus elf Mitgliedern und elf stellvertretenden Mitgliedern.

Nr. 20/27

OTB-Gelder für Bremerhaven verwenden – Bremerhaven braucht eine Fußgängerquerung über den Fischereihafen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. August 2019
(Drucksache [20/15](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/28

„Plattdütsch is jo use tradition, dat is us ursprung“ – Platt schnacken fördern un Bieroot Platt wiederföhren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. August 2019
(Drucksache [20/31](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Fortführung des in der 19. Legislaturperiode bestehenden Beirats Plattdeutsch und die Zuordnung und Anbindung des Beirats Plattdeutsch beim Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft in folgender Zusammensetzung:
 - a) eine, von jeder Fraktion der Bürgerschaft (Landtag) benannte, Vertretung, die der Bremischen Bürgerschaft nicht angehören muss;
 - b) eine Vertretung der Kooperationsstelle Niederdeutsch der Norddeutschen Länder;
 - c) eine Vertretung der niederdeutschen Dachorganisationen in Bremen und Bremerhaven;
 - d) Vertretungen niederdeutscher Strukturen aus den Bereichen Schule, Wissenschaft, Medien, Theater, Kirche et cetera;
 - e) Vertretungen der von der Sprachencharta betroffenen Ressorts;
 - f) der Präsident der Bremischen Bürgerschaft.
2. Weiterhin soll der Beirat Plattdeutsch
 - a) die Stellungnahme Bremens im Rahmen der Länderberichte zur Charta der Regionalsprachen vor deren Abgabe öffentlich erörtern,
 - b) einen Bremer Innovationswettbewerb zum Erhalt und zur Förderung der Plattdeutschen Sprache im Alltag initiieren.

Nr. 20/29

Dreiundzwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 23. RÄStV)

Mitteilung des Senats vom 20. August 2019
(Drucksache [20/34](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/30

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Eigenbetriebe

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 27. August 2019
(Drucksache [20/42](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/31

Regierungserklärung des Senats

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/32

Regenbogenflagge am Christopher Street Day am Haus der Bürgerschaft hissen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP

vom 27. August 2019

(Neufassung der Drucksache [20/30](#) vom 15. August 2019)

(Drucksache [20/43](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass anlässlich des Christopher Street Days in Bremen am 31. August 2019 am Haus der Bürgerschaft die Regenbogenflagge gehisst wird.